

Wandel in der türkischen Außenpolitik

Die Türkei ist aufgrund ihrer Größe (780.580 km²), ihrer Einwohnerzahl (ca. 77 Mio), vor allem aber aufgrund ihrer Wirtschaftskraft (gemessen am BIP größte Volkswirtschaft der Region) und ihrer militärischen Stärke (nach den USA zweitgrößte NATO-Armee) als bedeutende Regionalmacht anzusehen. In der Außenpolitik dieser Regionalmacht hat sich seit der Regierungsübernahme durch die Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (AKP) im Jahre 2002 ein spürbarer Wandel vollzogen. Hauptkomponente dieses Wandels ist ein größeres regionales Engagement, welches das Bemühen um gutnachbarliche Beziehungen mit einschließt.

Architekt dieser Politik ist Ahmet Davutoglu, ein Politologe, von 2002-2009 außenpolitischer Berater von Ministerpräsident Erdogan und seit 1. Mai 2009 Außenminister. Seine Außenpolitik folgt den Linien, wie er sie in seinem im Jahr 2001 erschienenen Buch „Strategische Tiefe“ skizziert hat: Der Stellenwert einer Nation ergibt sich aus ihrer geostrategischen Lage, ihrer Geschichte sowie ihrer Kultur und Zivilisation. Die Türkei ist sowohl ein europäisches als auch ein nahöstliches, ein kaukasisches und ein Schwarzmeer-Land und kann daher zum selben Zeitpunkt in all diesen Regionen wirksam werden. Gleichzeitig muss sie darauf achten, zu den Ländern in diesen Regionen gute Beziehungen zu entwickeln. Ihre moslemische Identität ist Anknüpfungspunkt für eine Verbesserung der Beziehungen zur islamischen Welt. Eine starre Orientierung der Türkei nach Westen wird abgelehnt. Durch ihre geographische Lage und den gleichzeitig islamischen und westlich-demokratischen Charakter ist sie besonders geeignet, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Die angestrebte Rolle als Regionalmacht erfordert gute Beziehungen zu allen Nachbarn („Null-Problem-Politik“). Die Sicherheit und Stabilität der Türkei müssen durch eine pro-aktive und konstruktive Rolle garantiert werden. Außerdem sollte sich die Türkei stärker in internationalen Organisationen engagieren.

Die Neuorientierung der Außenpolitik in diesem Sinne, welche aufgrund der innenpolitischen Machtverhältnisse betrieben werden konnte, führte zu geänderten außenpolitischen Doktrinen. Die Türkei sieht nicht mehr nur durch die „westliche Brille“, sondern hat sich den Problemen in und den Bedrohungen aus der Nachbarschaft zugewandt. Eine nahezu ausschließlich auf Sicherheitsaspekte konzentrierte Geopolitik, wie sie vor allem auch die Armee vertreten hat, wurde abgelöst durch eine möglichst alle Aspekte des Zusammenlebens berücksichtigende Nachbarschaftspolitik. Hand in Hand damit ging die Zurückdrängung des innen- und außenpolitischen Einflusses der Armee. Die Politik der „strategischen Tiefe“ bedeutet sohin auch ein Ende der kemalistischen Isolierungstendenz und der damit verbundenen Vorstellung, dass die Türkei nur von Feinden umgeben sei.

Als Ausfluss der neuen Linie zeigen die letzten Jahre eine starke Zunahme der außenpolitischen Aktivitäten, insbesondere in Richtung Naher Osten, den Südkaukasus und den Schwarzmeer-Raum. Regionale Passivität wurde durch aktives Engagement ersetzt. Diese Strategie trug auch bereits Früchte: Hatte die Türkei bis vor wenigen Jahren ein problematisches Verhältnis zu praktisch allen Nachbarstaaten, unterhält sie zu diesen nunmehr gute Beziehungen. Ausnahmen: Zypern und Armenien. Die Türkei hat die Möglichkeiten erkannt, welche eine solche Politik bietet, um ihr Gewicht nicht nur in der entsprechenden Region, sondern auch auf der internationalen Bühne zu erhöhen. Die internationale Wahrnehmung der türkischen außenpolitischen Aktivitäten hat deutlich zugenommen. Es ist jedoch fraglich, ob die Vorstellung, gute Beziehungen gleichzeitig zur EU, den USA, Russland, dem Iran, Syrien, Irak, Israel und den südkaukasischen Staaten (man denke etwa an die Gegensätze zwischen Aserbaidschan und Armenien) unterhalten zu können, auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Im Gegensatz zu den kemalistischen Regierungen, die den Nahen Osten als außerhalb ihres strategischen Interessensraumes gelegen betrachteten, ist diese Region nunmehr in das Zentrum der türkischen Außenpolitik gerückt. Die unter der AKP-Regierung deutlich gestiegene Rolle des Islam in der türkischen Außenpolitik dürfte mit ein Grund hierfür sein. Die moslemische Identität ist gleichsam Angelpunkt für den Ausbau der Beziehungen mit den islamischen Nachbarn. Das Engagement der Regierung im Nahen Osten entspricht auch der öffentlichen Meinung im Lande, insbesondere der Sensibilität für die Notlage der Palästinenser. Ein Schwerpunkt Ankaras im Nahen Osten ist das

Bemühen, als Vermittler aufzutreten. So gelang es 2008 beispielsweise, indirekte Gespräche zwischen Syrien und Israel herbeizuführen. Die oft einseitigen – auch innenpolitisch motivierten – türkischen Stellungnahmen gegen Israel gefährden allerdings die Rolle als ehrlicher Makler, der eine äquidistante Position gegenüber allen Parteien einnehmen sollte. Insgesamt hat das starke Engagement der Türkei im Nahen Osten zu einer Zunahme ihres Gewichtes in der Region geführt. Die Türkei wird dort nicht länger als verlängerter Arm Washingtons angesehen.

Das in der Vergangenheit durch starken Antagonismus geprägte Verhältnis zu Syrien hat sich deutlich verbessert. Ein reger Besuchsaustausch und stark intensivierte Wirtschaftskontakte zeigen dies. Das Gleiche gilt für die Beziehungen zum Iran. In der Nuklearfrage bemüht sich die Türkei zwischen dem Westen und Teheran zu vermitteln. Allerdings spricht sie sich – bei aller Ablehnung einer iranischen Atomarbewaffnung - gegen Sanktionen aus, was auch zu einer Nein-Stimme in dieser Frage in den UN Ausdruck gefunden hat. Im Irak sucht die Türkei, zu dessen Stabilisierung beizutragen. Oberste Priorität für Ankara ist die Erhaltung der territorialen Integrität. Die strikte Ablehnung einer kurdischen Autonomie im Nordirak ist einem pragmatischen, sich speziell im Wirtschaftsbereich allmählich bessernden Verhältnis zu den dortigen Kurden gewichen. Ein eigener Kurdenstaat wird jedoch, auch im Einvernehmen mit dem Iran, weiterhin kategorisch abgelehnt. Im Gegensatz zu diesen positiven Entwicklungen hat sich das Verhältnis zu Israel durch die scharfe türkische Kritik an dessen Vorgehen gegen die Palästinenser merkbar verschlechtert. Besonders kam dies im Zuge der israelischen Militäraktion gegen eine für Gaza bestimmte Hilfsflotte zum Ausdruck. Die frühere strategische Partnerschaft mit Israel hat für die Türkei angesichts der verbesserten Beziehungen zu den islamischen Nachbarn an Bedeutung verloren.

Der Krieg zwischen Georgien und Russland 2008 hat die politische, strategische und wirtschaftliche Bedeutung des Südkaukasus für die Türkei erneut aktualisiert. Überhaupt hat die Türkei als bedeutender Investor im kaspischen und zentralasiatischen Raum an Bedeutung gewonnen. Die Initiative zu einer Kooperationsplattform in der Region ist jedoch ohne Ergebnis geblieben. Die Verbesserung der Beziehungen zu Armenien ist angesichts der türkischen Rücksichtnahme auf Aserbaidschan nach anfänglichen Erfolgen ins Stocken geraten.

Die Beziehungen der Türkei zu Russland entwickeln sich rasant, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. Russland gehört heute vor allem wegen massiver Energielieferungen zu den wichtigsten Handelspartnern. Hieraus erwächst jedoch auch eine gewisse Abhängigkeit Ankaras.

In der Energiepolitik ist die Türkei bestrebt, ihre Bedeutung als Energiedrehscheibe von Osten nach Westen auszubauen, um so ihre Position als Regionalmacht zu festigen und sich durch einen Beitrag zur Energiesicherheit der EU als deren Partner bzw. Mitglied zu empfehlen.

Der Wandel in der Außenpolitik hat in manchen Kreisen der EU und vor allem in den USA die Besorgnis aufkommen lassen, dass die Türkei ihre prowestliche Linie verlassen könnte. Ebenso wird die Intensivierung der Beziehungen zwischen der Türkei und ihren Nachbarn gelegentlich als mit den Interessen des Westens nicht vereinbar angesehen. Die Türkei bestreitet eine Abwendung vom Westen und bezeichnet die neue Linie als Normalisierung der Situation angesichts der geographischen Gegebenheiten. Tatsache ist, dass die verstärkte Hinwendung zu den Problemen der Region bisher nicht gravierend zu Lasten des Westens gegangen ist. Eine enge Kooperation mit dem Westen dürfte auch in Zukunft zu erwarten sein. Die nunmehr eigenständigere, selbstbewusstere und regionale Gegebenheiten verstärkter berücksichtigende Außenpolitik führte aber dazu, dass die Türkei den USA und der EU auf politischem Gebiet nicht mehr automatisch folgt. Dies dürfte auch in Zukunft immer wieder zu Irritationen führe, wie dies im Falle des türkischen Votums bei den UN betreffend den Iran (Verweigerung der Zustimmung zu Sanktionen) der Fall war. Die Ansicht mancher Beobachter, welche einen direkten Zusammenhang zwischen dem dargestellten Wandel in der Außenpolitik und den bisher enttäuschten EU-Hoffnungen Ankaras sehen, wird jedoch nicht geteilt.

Verfasser: Botschafter i.R. Dr. Marius Calligaris
Abgeschlossen: Dezember 2010